

Pressemitteilung

04.12.2018

Sichere Bleibeperspektive für Geflüchtete aus Afghanistan

Abschiebungen belasten auch diejenigen, die bleiben

Seit zwei Jahren werden Abschiebungen nach Afghanistan durchgeführt und seither beobachten wir eine Zunahme an Anfragen von afghanischen Geflüchteten in unserer psychosozialen Beratungsstelle, die sich wegen gravierender psychischer Symptome an uns wenden.

Diese Menschen berichten über massive Grausamkeiten und erschreckende Gewalt, die sie selbst unmittelbar erlebt haben und die ihnen weiterhin gedroht hätten – bis hin zu konkreten Lebensbedrohungen – wenn sie nicht aus ihrem Land geflohen wären. Sie berichten von erschreckenden Nachrichten von ihren Angehörigen und Freunden, die zurückgeblieben sind, von ständigen Bombenattentaten und dass wieder ein Freund oder Angehöriger dabei ums Leben gekommen ist. Die Angst, dass auch sie abgeschoben werden könnten, reaktiviert die psychischen Traumafolgestörungen, die sie durch die Erlebnisse in ihrem Heimatland erlitten haben. Die Folge, mit der wir in unserer psychosozialen Beratungstätigkeit konfrontiert sind, ist eine Zunahme von Symptomen wie Konzentrationsstörungen, psychosomatischen Folgeerscheinungen, ständige quälende Erinnerungen an die erlebte Gewalt, Schlafstörungen, Alpträume und anhaltende Ängste. Dies beeinträchtigt auch bisher schon erreichte Integrationsschritte massiv. Lernerfolge in der Schule und im Deutschkurs gehen zurück, bei manchen führt jeder Schritt in die Öffentlichkeit zu massiven Ängsten. Soziale Beziehungen, die schon geknüpft wurden, zerbrechen wieder. Hoffnungen auf ein neues Leben in Frieden werden erschüttert und das zerstört Motivationen, sich zu engagieren. Von all diesen Begleiterscheinungen der auch in und von Hessen aus praktizierten Abschiebungspolitik nach Afghanistan sind auch Flüchtlinge betroffen, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, die nicht zum Personenkreis der Straffälligen oder Gefährder zählen als jener Gruppe, die aus Hessen

abgeschoben wird. Die Angst geht um in der afghanischen Community, denn sie erleben die Abschiebungen als existenzielle Bedrohung und fürchten um ihr eigenes Leben.

Dies belegt die Tatsache, dass der Anteil der Klientinnen und Klienten aus Afghanistan, die in unsere Beratungsstelle kommen, überproportional hoch ist im Vergleich zu den Geflüchteten aus anderen Ländern. In der längerfristigen psychotherapeutisch orientierten Beratung beträgt er fast die Hälfte. Wir sehen hier einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Zunahme akuter psychischer Symptome und den seit zwei Jahren durchgeführten Abschiebungen nach Afghanistan. Diese Abschiebungen erwecken den Eindruck, dass mit ihnen v. a. öffentliche Zeichen für eine „konsequente“ Abschiebungspolitik gesetzt werden sollen. Vor allem kommt die „Botschaft“ aber bei den afghanischen Geflüchteten an, die darüber wieder kränker werden.

Menschen nach Afghanistan zurückzuschicken, heißt, sie mit einem hochgefährlichen Alltag und ständiger Lebensbedrohung zu konfrontieren. Keine andere Schlussfolgerung lassen die Erkenntnisse aus den UNHCR-Richtlinien vom August 2018 zu der sich zunehmend verschärfenden Sicherheitslage auch in Kabul und der prekären Versorgungs- und Ernährungssituation in Afghanistan laut Informationen des UNO-Welternährungsprogramms zu. Die gegenwärtige Abschiebepaxis verstärkt aber auch das Leid derjenigen, die vor der erlebten Gewalt bei uns Schutz gesucht haben und bleiben.

FATRA e. V. fordert daher einen generellen Abschiebungsstopp nach Afghanistan. Die hessische Landesregierung sollte Geflüchteten aus Afghanistan eine sichere Bleibeperspektive bieten und sie auch so in ihren Integrationsbemühungen unterstützen.

Ansprechpartnerin bei FATRA e. V.

Dr. med. Barbara Wolff
Vorstandsvorsitzende

Lindleystr. 15
60314 Frankfurt/Main
Tel: 069-499174
E-Mail: barbara.wolff@fatra-ev.de